

FR-Blog: Bedenken

Aus der Diskussion über Oppositionelle im Osten (Nawalny) und im Westen (Assange)

Das Rückgrat wird an der Garderobe abgegeben

Mein Brief an Frau Baerbock: Sehr geehrte Frau Baerbock, ich bin über Ihre Aussage, dass Sie vollstes Vertrauen in die britische Justiz haben, entsetzt. Das Verhalten der britischen Justiz im Fall Julian Assange ist alles andere als rechtsstaatlich. Wenn Sie das Vorgehen der Justiz (nicht nur der britischen) im Falle von Julian Assange als rechtsstaatlich einstufen, bekomme ich eine üble Ahnung, was uns in Deutschland noch bevorsteht. Ich habe größte Bedenken um unsere Demokratie (nicht nur wegen der AfD), wenn unsere gewählten Politiker ihr Rückgrat bei der Amtsübernahme an der Garderobe abgeben. Vor der Wahl haben Sie noch die Freilassung des politischen Häftlings, der menschenunwürdig behandelt wird, gefordert. Jetzt ducken Sie sich weg. Ich hatte nie verstanden, wie „unsere Eltern“ alle Schweinereien von Hitler so widerstandslos mitmachen konnten. Wenn ich sehe, wie auch jetzt wieder weggeschaut wird, bekomme ich Angst.

Dieter Murmann via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/nawalny-3

Regierende Opposition

Zu: „EU-Lieferkettengesetz bringt Wohlfahrt“, FR-Wirtschaft vom 21.2.

Auch beim Lieferkettengesetz geht die FDP voll in ihrer Rolle als Opposition in der Regierung auf.

Fritz Brehm, Frankfurt

Die USA sind ein ungemütliches Paradoxon

Geschichte der USA: „Die dunkle Seite der Macht“, FR-Feuilleton vom 14. Februar

Wir haben den USA viel zu verdanken

Der Beitrag erscheint wie ein misslungener Versuch, aus aktuellem Anlass die USA quasi als kriegslüsternen Staat in die Schmutzdecke der Geschichte zu befördern und zudem als toxische Nebenwirkung die latente antiamerikanische Stimmung in Deutschland anzukurbeln. Zwar wird eingeräumt, das Land habe einst als Leuchtturm der Demokratie gegolten; diesem Bild habe allerdings schon immer eine Illusion zugrunde gelegen. Die USA seien stets beides gewesen: Schurke und Held. Um das Paradoxon vollends in die gewollte Richtung aufzulösen, wird hinzugefügt, militärische Interventionen seien den Amerikanern auf lange Sicht immer auf die Füße gefallen.

An Beispielen für angebliches Fehlverhalten der USA als „Weltpolizist“ fehlt es in dem Beitrag nicht. Erstaunlicherweise wird in der langen Liste des

Germany's next Sündenbock

Bezahlkarte: „Ruf nach bundesweiter Regelung“, FR-Politik vom 27. Februar

Die Karte wird zu mehr Kriminalität führen

Ich bezweifle, dass die Bezahlkarte das Problem mit den Überweisungen an die Schlepper behebt. Diejenigen, die, aus welcher Not auch immer, mit Schleppern letztlich illegal einreisen, werden bzw. müssen einen Weg finden, ihre Schulden zu bezahlen. Die Schlepper werden ihre Gläubiger überzeugen, gegebenenfalls mit Kriminalität ihre Schulden zu bezahlen. Letztlich kann nur eine gute Einwanderungspolitik die illegale Einwanderung bekämpfen – und natürlich eine schnelle Bearbeitung von Asylanträgen und die Durchsetzung von Abschiebung nicht berechtigter Einwanderer.

Klaus Manke, Ulm

Parteien springen über die Stöckchen der AfD

Die Bezahlkarte für Asylbewerber hat den einzigen Zweck, Menschen schlecht zu behandeln. Das wird auch unumwunden zugegeben. Der bayrische Staatssekretär Kirchner spricht von der Senkung etwaiger Pull-Faktoren und meint damit nichts anders als sein Chef Söder, der schneller und härter anpacken will. Alles andere wie Verwaltungsvereinfachung oder Schleuserbekämpfung ist Gerede und Augenwischerei. Den Asylbewerbern muss es schlecht gehen. Kein Gedanke darüber, wie es Familien und Kinder ergeht, die derart ausgegrenzt und diskriminiert werden. Keine Gedanken darüber, wie es moralisch zu vertreten ist, dass unsere Kinder im Bewusstsein aufwachsen, dass sie die Besseren sind und es erkennbar schlechter gestellte Kinder mit wöchentlich 2,33 Euro Taschengeld gibt.

Franz Leutner, Dorfen

Christenunion schafft eine rassistische Atmosphäre

Dass keiner den Transfer unserer Sozialgelder nach Afghanistan oder sonstwohin möchte, kann ich teilen und verstehen, das finde ich auch. Aber die Wortwahl und das Gesicht! „Noch härter“ (jetzt kriegen die's). Die U-Parteien arbeiten an einer migrationsfeindlichen und rassistischen Atmosphäre. Für eine Umstrukturierung von Sozialgeldern ohne beleidigende, diskriminierende Ausfälle sind die immer noch zu phantasielos, die kleinen Paschas. Deutschland braucht seinen heißgeliebten Sündenbock und kriminalisiert wieder mal mit der Gießkanne. Werteunion. AfD. Gute Nacht, Deutschland, es ist Zeit für die Demokratie zu gehen. Für Menschlichkeit und Toleranz ohne Feindbild.

Susann Hartwich, Uetersen

Weltpolitik als Zug der Lemminge

Völlig zu recht charakterisiert Bernd Greiner die Geschichte, hier speziell der US-amerikanischen-/westlichen Interventionen und Kriege seit 1945 als „eine Chronik des Versagens“. Ein Versagen vor allem der Diplomatie, des Ausgleichs (statt der Durchsetzung eigener Interessen) und des Kompromisses. Doch soll dieses Versagen nun offensichtlich mit allen Mitteln vorangetrieben werden. Obwohl hemmungslose Aufrüstung, Zuspitzung und Konfrontation in der jahrtausendealten Menschheitsgeschichte letztlich nur immer Krieg und Vernichtung zur Folge hatte, treibt unsere Politik und anscheinend besinnungslos in diese immer gleiche Richtung. Und weit und breit ist kein Willy Brandt, kein Egon Bahr, kein Olof Palme und kein Michail Gorbatschow zu sehen, der diesem Zug der Lemminge Einhalt gebieten könnte.

Bernd Bremen, Aachen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240226

Überhöhte Zahlungen

Rundfunkbeitrag: „Darf's ein bisschen mehr sein?“, FR-Feuilleton vom 23.2.

Nein, darf es nicht! Der öffentlich-rechtliche Rundfunk tut gut daran, sein Ausgabeverhalten zu überprüfen, anstatt über eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags nachzudenken. Die Vorgänge beim rbb vor zwei Jahren waren wohl nur die Spitze des Eisbergs und haben zu Recht zur Entlassung der damaligen Intendantin geführt. Zeiten der hemmungslosen Selbstbedienung sollten in allen deutschen Sendeanstalten vorbei sein.

Die Gehälter der Mitarbeitenden müssen dringend überprüft werden. Eine Mitarbeiterin, die uns allabendlich die Nachrichten vom Teleprompter ab- und vorliest, bekommt dafür ein Jahresgehalt von 393 000 Euro bekommt. Die Liste anderer Empfänger überhöhter Zahlungen ist erschreckend lang, die o.g. Zahl ist noch weit von der Spitze der Gehälter im öffentlichen Rundfunk entfernt.

Ich will nicht missverstanden werden: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist gut, richtig und wichtig. In Zeiten knapper Kassen darf er aber kein Selbstbedienungsladen sein. Das ist Wasser auf die Mühlen der Höcker, die Probleme mit gutem Journalismus haben.

Eine Lehrkraft bekommt in Deutschland ein Jahresgehalt von rund 60 000,-. Für dieses Geld muss sie 45 Minuten freisprechen. Ohne Teleprompter!

Herbert G. Just, Wiesbaden

Wohin mit den Bezügen?

Zu: „Bayer kürzt die Dividende“, FR-Wirtschaft vom 21. Februar

Die Meldung über die Geschäftslage der Firma Bayer lässt mich mal wieder fragen: Was tut das Management, um die Kosten zu senken? Wieder sollen die Kleinen Verzicht üben, aber das Top-Management, das im Jahr mehr als 100-mal so viel bekommt, nicht verdient, könnte mit gutem Beispiel vorangehen und nicht nur auf die Boni verzichten, sondern auch auf 80 bis 90 Prozent des Fixums, ohne am Hungertuch zu nagen. Diese Kaste weiß sowieso nicht, wohin mit den Bezügen, die sie erhält.

Ähnliches Verhalten hat sich ja im vergangenen Jahr auch der Lufthansa-Chef geleistet, als er bei der Aktionärsversammlung eine Erhöhung des Bonusbetrages gefordert hat, aber die Aktionäre gleichzeitig aufforderte, auf die Dividende zu verzichten.

Es wird Zeit, dass die Verhältnisse wieder in vernünftige Bahnen gebracht werden. Dann wird auch den Rechtsextremen viel Wind aus den Segeln genommen. Leider ist vom derzeitigen Finanzminister in dieser Richtung nichts zu erwarten.

Karl-Wolfgang Kaiser, Frankfurt

FR ERLEBEN

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neuen Roman „Dein Wurstsalat kann warten oder Die kalte Erika“, einem Offenbach-Krimi, der im September 2024 erscheint. Der Autor stellt auch seine früheren Romane vor. **Samstag, 20. April, 15 Uhr Rathauspavillon, Platz der Deutschen Einheit 7, Offenbach**